

Gemeinsame Klausurtagung des CDU-Landesverbandes, der Landtagsfraktion und der Landesgruppe im Deutschen Bundestag Ahrensburg, 9./10. August 2013

Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein nachhaltig verbessern

Straßen, Brücken, Schienen und Wasserwege in Schleswig-Holstein sind die Lebensadern ganz Nordeuropas. Nur wenn Nordeuropa mobil bleibt, können wir in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts nachhaltigen Wohlstand für Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa sichern.

Die aktuelle Lage in Schleswig-Holstein zeigt, dass in der Vergangenheit nicht genug unternommen wurde, diese Adern lebensfähig zu erhalten. Zu SPD-Verkehrsministerzeiten wurden vor 2009 im Schnitt 330 Millionen Euro für Brückensanierungen in Deutschland ausgegeben. Daher hat Bundesverkehrsminister Ramsauer die volle Unterstützung der CDU in Schleswig-Holstein, die Investitionsmittel für Brückensanierungen in Deutschland weiter schrittweise von in diesem Jahr mehr als 830 Millionen Euro, auf rund 950 Millionen Euro im Jahr 2014 und sogar auf rund 980 Millionen Euro für 2015 zu erhöhen. Damit werden die Mittel verdreifacht.

Die CDU in Schleswig-Holstein fordert:

1. Die Sanierungsmaßnahmen an der Rader Hochbrücke und dem Rendsburger Kanaltunnel sind so schnell und nachhaltig wie möglich zu Ende zu führen. Wegen der weitreichenden Auswirkungen für Wirtschaft und Verkehr nicht nur in der Region sollte in diesem Fall nicht die kostengünstigste, sondern die zielführendste und schnellste Lösung Entscheidungskriterium sein.
2. Die schleswig-holsteinische Landesregierung muss ihrer Verantwortung für den Ruf und das Ansehen des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein gerecht werden. Die CDU in Schleswig-Holstein kritisiert das kontinuierliche Abschmelzen der im Haushaltsansatz für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) bereitgestellten Infrastrukturmittel durch die rot-grün-blaue Landesregierung aufs Schärfste. Im Vergleich zum Haushaltsansatz 2012 ist der Haushaltsansatz 2014 bei den Bauleistungen um mehr als 3,5 Millionen Euro gesunken, obwohl der Landesregierung der prekäre Zustand der Landesstraßen bekannt ist. Vielmehr müssen vonseiten der Landesregierung alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden, um die derzeitige Situation im Land zeitnah und anhaltend zu beheben.

Die CDU in Schleswig-Holstein kritisiert angesichts der maroden Straßeninfrastruktur auch die Aufteilung der GVFG-Mittel von 75 Prozent zu Gunsten des ÖPNV durch die rot-grün-blaue Landesregierung scharf. Für die CDU ist deshalb eine Aufteilung der GVFG-Mittel von 85 Prozent für den kommunalen Straßenbau und 15 Prozent für den ÖPNV und den Radverkehr unabdingbar.

3. Die Landesregierung muss die 2008 in der „Ahrensburger Liste“ durch die norddeutschen Bundesländer beschlossenen Verkehrsprojekte so schnell wie möglich zur Baureife führen. Nur auf dieser Grundlage können diese Projekte bei freiwerdenden Mitteln im Bundeshaushalt sofort umgesetzt, EU-Mittel eingeworben und eine Entlastung der vorhandenen Verkehrswege herbeigeführt werden.
4. Die norddeutschen Bundesländer müssen gemeinsam mit den nordeuropäischen Nachbarn einen „Masterplan Nordeuropäische Infrastruktur“ erarbeiten. Schleswig-Holstein ist eine logistische Drehscheibe in Nordeuropa, auf der Verkehre aus ganz Europa aufeinander treffen. Die weitere Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur muss daher zwingend in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn geplant werden.
5. Zur Durchführung der notwendigen Sanierungs- und Baumaßnahmen ist es erforderlich, alle in Frage kommenden Finanzierungsmöglichkeiten wie z.B. Öffentlich Private Partnerschaften oder die Anpassung der Gebühren für Schwertransporte vorbehaltlos zu prüfen. Insgesamt sieht es die CDU in Schleswig-Holstein als notwendig an, den anstehenden Finanzbedarf für Infrastrukturprojekte zu ermitteln und zeitnah sinnvolle, neue Möglichkeiten der Finanzierung umzusetzen. Außerdem bedarf es schnellerer Planungs- und Vergabeverfahren.

Ahrensburg, den 10. August 2013